

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



„Exklusivpartner aller Sparkassen“
Die Vorstände der s Versicherung, Heinz Schuster (Bild) und Manfred Rapf, erläutern ihre Strategie.
>> Seite 3



Österreicher und Wertpapiere
Eine Studie von Erste Bank und Sparkassen zeigt, dass Österreicher wenig informiert sind.
>> Seite 5



Das Konto wird zum „Menschenrecht“
Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zu neuen Regularien über das Recht auf ein Konto.
>> Seite 7



Der Rückgang im geförderten Wohnbau bereitet Sorgen.

„Sonderprogramm Wohnbau könnte sofort starten“

Der Mangel an leistbaren Wohnungen hat die Politik wacherüttelt. Interministeriell tagt wöchentlich eine Arbeitsgruppe, die noch vor der Sommerpause ein Bundes-Sonderwohnbauprogramm auf den Weg bringen soll. Wohnbauprofi und Bausparkassenchef Josef Schmidinger hat mit Experten einen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Sein Befund: „Die Vorschläge sind in Gesetzesform ausformuliert; es könnte sofort losgehen.“

Mit rund 49.000 neuen Wohneinheiten insgesamt jährlich liege Österreich nicht schlecht. Immerhin habe die Einwohnerzahl in den vergangenen zehn Jahren jedoch um 400.000 zugenommen. Dazu kommt die Tatsache, dass rund 15.000 Altwohnungen – meist durch Zusammenlegungen – aus dem Markt verschwunden sind. Die traditionelle „strategische Wohnraumreserve“, die rund 80.000 Wohneinheiten ausmachte, schmilzt spürbar ab. Das sind Wohnungen, die gerade renoviert werden oder aus welchen Gründen auch immer zum Zeitpunkt X leer stehen. Fazit: In Österreich gibt es derzeit rund 100.000 Menschen ohne entsprechende Wohnraumversorgung. Die Wartelisten werden länger ...

Aber es ist vor allem der Rückgang im geförderten Wohnbau, der

Josef Schmidinger Sorgen bereitet: „Wir haben derzeit nicht so sehr ein quantitatives Problem, sondern ein Leistbarkeitsproblem. Wer heute eine durchschnittliche 60-Quadratmeter-Wohnung in Wien sucht und sich 11 bis 13 Euro je Quadratmeter leisten will, der muss 2000 Euro monatlich netto verdienen, um sich eine frei finanzierte leisten zu können. Das heißt rund 2800 Euro brutto, und das ist für die unteren beiden Quartile der Einkommensbezieher nicht schaffbar.“ Das sei in erster Linie das Ergebnis einer Rücknahme des geförderten Mehrgeschoß-Wohnbaues auf 16.000 Einheiten jährlich.

Bausparkassen und Wohnbaubank seien daran interessiert, leistbare Wohnungen zu finanzieren, denn bei den teuren riskiert man oft längeren Leerstand. „Ich möchte mithelfen, den geförderten Wohnbau mit

Quadratmeterkosten zwischen 7 und 8,20 Euro anzukurbeln. Dort haben wir derzeit akuten Angebotsmangel“, so der Chef der s Bausparkasse, der sich seit Jahren intensiv mit den Strukturen des heimischen Wohnbaues im Lichte der Bevölkerungsentwicklung und anderer soziodemografischer Parameter befasst. Die Sparkassen hätten sich immer im geförderten Wohnbau besonders engagiert und nie „am Immobilienrad“ kräftig gedreht.

Ein ambitioniertes Programm liegt auf dem Tisch und wurde den Koalitionspartnern in allen Details präsentiert. „Wir haben in der Initiative ‚Bauen + Wohnen‘, in der auch das Arbeitsforum der österreichischen Bausparkassen mitarbeitet, sehr konkrete Vorschläge gemacht, die aus verständlichen

Meine Meinung



Das Grünbuch der Blauäugigen

Die Regulierer erkennen die Folgen ihrer Regulierungswut und reagieren – mit neuen Regularien. Nur so kann man das neue Grünbuch der EU zur „Langfristigen Finanzierung der Europäischen Wirtschaft“ strukturell interpretieren.

Seit 2010 wird national und im Rahmen der EU-Bankenregulierung munter am Festzurren der Zwangsjacke für Kundenbanken gearbeitet. Der Österreichische Sparkassenverband hat in den vergangenen Jahren schon vielfach auf die negativen Effekte dieses umfangreichen Maßnahmenkatalogs hingewiesen und sie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten bekämpft. Dieser reicht mittlerweile von einer die Eigenmittel verzehrenden Bankensteuer in Österreich über die Kapital- und Liquiditätsbestimmungen (CRDIV/CRR-Paket) sowie die Erarbeitung einer neuen Richtlinie zur Einlagensicherung bis zur Finanztransaktionssteuer. Obwohl das alles seine volle Wirkung erst in einigen Jahren zeigen wird, ist jetzt schon klar: Einschränkungen und auch Verteuerung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft sind vorprogrammiert. Was das in einer Zeit unzureichenden Wachstums quer durch Europa konjunkturpolitisch bedeutet, das ist unschwer zu erkennen. Offensichtlich haben die Regulationswütigen das jetzt – sehr spät, aber doch – selbst erkannt.

Im bereits zitierten Grünbuch der EU findet sich plötzlich die „Erkenntnis“, dass rund 85 Prozent der europäischen Unternehmen bankenfinanziert sind. Geh’ wusch, kann man da auf gut Wienerisch nur sagen. Darauf weisen wir doch seit Jahren mit gutem Grund immer wieder hin. Jetzt hat die EU-Kommission offensichtlich den Zielkonflikt zwischen der Beachtung der neuen Regeln und der Kreditvergabe an die Kreditwirtschaft erkannt. Und sie hat auch eine Lösung parat: Neue Instrumente zur Unternehmensfinanzierung müssen her. Das Grünbuch spricht etwa von neuen Verbriefungsinstrumenten für KMU, einem europäischen Markt für Projektanleihen der Förderung „nichttraditioneller Finanzierungsquellen“, also etwa neuen Risikokapitalfonds, die dann in Börsegänge von KMU investieren sollen.

Das hieße im Klartext: Die Knebelung der Kundenbanken bei der Finanzierung von Unternehmen bleibt, gleichzeitig werden jedoch neue Möglichkeiten für die Investmentbanken geschaffen. Denn darauf liefe ja das neue Instrumentarium, das da vorgeschlagen wird, hinaus. Bewährtes und für die Finanzierungskultur europäischer Realwirtschaft Maßgeschneidertes wird massiv behindert und gleichzeitig wird ein neues Experimentierfeld eröffnet.

Man wird den Eindruck nicht los: Das Investmentbanking, das uns die Malaise auf den Finanzmärkten der vergangenen Jahre brutal eingebrockt hat, verfügt wohl in der EU über besonders effizientes Lobbying. Anders ist dieser systemisch sehr gefährliche Unsinn nicht zu begründen.

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Erste-Töchter als beste Banken ausgezeichnet

Die Česká spořitelna und die Slovenská sporiteľňa, Tochterbanken der Erste Group, haben jeweils in ihrem Heimatland die vom US-Wirtschaftsmagazin Global Finance vergebene, prestigeträchtige Auszeichnung „Best Emerging Market Banks 2013“ erhalten.

„Moneyworld“: Börsentipps aus erster Hand

Finanztipps für jede Generation gab es bei der „Gewinn Moneyworld“ im Linzer Design Center. „Gewinn“-Herausgeber Georg Wailand interviewte dort den Generaldirektor der Sparkasse Oberösterreich, Markus Limberger, sowie weitere Vorstände der regionalen Bankenlandschaft. Finanzministerin Maria Fekter brachte bei einer Podiumsdiskussion ihre Position zur steigenden Steuer- und Abgabenbelastung zum Ausdruck und erläuterte ihre Argumente für die Beibehaltung des Bankgeheimnisses.



Reed Messe-Chef Matthias Limbeck, Ministerin Maria Fekter und Generaldirektor Markus Limberger am Stand der Sparkasse OÖ.

Neue Services für Handy und netbanking

Erste Bank und Sparkassen setzten mit weiteren Neuerungen beim „modernsten Konto Österreichs“ weiter auf innovative Produkte. Die neue „Scan & Pay“-Funktion in der netbanking App überträgt per Knopfdruck Zahlscheindaten direkt ins Überweisungsformular. Neu ausgestellte Bankomatkarten sind ab sofort mit der NFC-Technologie (Near Field Communication) versehen, die kontaktloses Bezahlen ermöglicht. Außerdem kann man im netbanking künftig seine persönlichen Dokumente oder Reiseunterlagen in einem digitalen Hochsicherheitssafe ablegen.

Seit 7. Mai gibt es für iPhone-Nutzer auch eine „Investment-App“, die Anleger über Marktlage, Zinsen, Währungen oder Aktienkurse informiert. Die Android-Version folgt im Sommer.

Hallenkönig kommt aus Vorarlberg

744 Schulen waren angetreten, um den Titel des Sparkasse-PUMA Fußball-Hallencups zu erobern. Im Endspiel in Wals-Siezenheim holte das PG Mehrerau zum ersten Mal den Titel nach Vorarlberg. Die Mehrerauer besiegten im Finale die NMS 1 Wörgl aus Tirol mit 4:3.



Die siegreiche Mannschaft aus Mehrerau.



Josef Schmidinger: „Wir brauchen eine Offensive im geförderten Mehrgeschoß-Wohnbau.“

Gründen budgetneutral konzipiert sind. Diese sind auch legislativ ausformuliert, die Politik kann jederzeit grünes Licht geben. Wenn der politische Wille vorhanden ist, dann kann man das locker im Juni beschließen und somit noch in dieser Legislaturperiode vor den Wahlen verwirklichen.“ Denn was jetzt nicht passiere, das bleibe dann wohl erst der nächsten Regierung bzw. dem neugewählten Parlament vorbehalten. Dies führe zu Ungewissheit und jedenfalls zu einer zeitlichen Verschiebung. „Das Problem ist aber akut, man sollte sofort etwas tun“, so Schmidinger.

„Wir haben ein Leistbarkeitsproblem.“

Ziel ist die Erhöhung des Volumens im geförderten Wohnbau um 10.000 Einheiten jährlich. Dazu sind – nach Modellrechnungen – rund 1,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln erforderlich.

Es bestehe dringender Bedarf an zusätzlichen Finanzierungsquellen für den mehrgeschossigen Wohnbau. Pensionskassen und Mitarbeitervorsorgekassen, aber auch Versicherungen könnten langfristige Finanzierungen bereitstellen, die als Folge der erhöhten Eigenkapitalerfordernisse

nicht vom Kapitalmarkt bereitgestellt werden können.

Neue Finanzierungswege für forcierten Wohnbau

Der Vorschlag für ein Bundes-Sonderwohnprogramm 2013 setzt sich aus einer Reihe von „Stellschrauben“ zusammen, an denen jetzt gedreht werden sollte. Die Eckdaten sind:

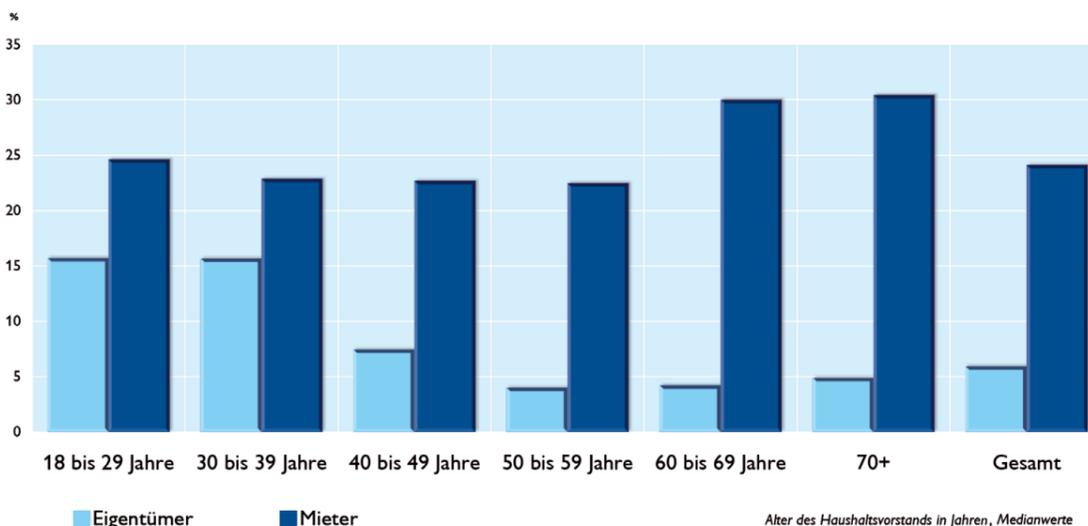
- Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung. Dies betrifft die Mittel aus dem Wohnbauförderungsbeitrag, die rund 800 Mio. Euro jährlich ausmachen. Das würde zusätzlich 250 bis 300 Mio. Euro zusätzlich mobilisieren, die von den Ländern jetzt anderen Zwecken zugeführt werden.
- Legislativ sollte das auf dem Wege einer Vereinbarung nach Artikel 15 a der Bundesverfassung zwischen Bund und Ländern geschehen.
- Weiters könnte – maastrichtneutral – der Bund eine Wohnbauanleihe begeben, die etwa von den Wohnbaubanken gezeichnet wird. Die könnten diese Gelder an die Wohnbauträger weitergeben. Mit dem ihnen bereits eignen Know-how etwa bei der Verbriefung. Voraussetzung ist die Vergabe dieser Mittel zu Marktkonditionen, was derzeit rund 1,8 Prozent bedeutet. Aus dieser Emission etwa der Bun-

desfinanzagentur könnten 500 Mio. Euro kommen.

- Die Mindestveranlagungsvorschriften für Pensionskassen und Mitarbeitervorsorgekassen sollten zugunsten des Engagements im Wohnbau adaptiert werden. „Die Pensionskassen könnten Kredite der Wohnbauträger refinanzieren“, so unterstreicht Schmidinger. Die Sparkassen wickeln diese Kredite dann treuhändig ab. Die Pensionskassen hätten damit die Chance des gesicherten Zuflusses an Erträgen aus dem Investment. „Die brauchen ja laufende Einnahmen für die Performance mehr als den Kursgewinn, der ja nur eine Momentaufnahme darstellt“, bekräftigt der Wohnbaufinanzierungsexperte. In diesem Zusammenhang verwahrt er sich gegen politische Angriffe von Oppositionsseite, man dürfe Pensionskassenkapital nicht verschleudern. Das sei Unsinn.
- Die Pensionskassen haben derzeit einen Mittelzufluss von 1,9 Mrd. Euro. Der Vorschlag der Experten lautet, diesen die Möglichkeit zu geben bis zu 10 Prozent dieser Mittel im Wohnbau zu platzieren. Das wären immerhin 190 Mio. Euro jährlich.

Es liegt somit viel Kreatives auf dem Tisch. Die Wohnungsinteressenten warten und der Wahltermin naht. Viel Zeit bleibt den Verantwortlichen nicht mehr!

Wohnkostenbelastung Eigentümer versus Mieter, nach Alter



Quelle: OeNB

Menschen, die über kein Wohneigentum verfügen, müssen im Alter durchschnittlich 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden und steigen damit extrem schlechter aus als Haus- oder Wohnungsbesitzer.

„Wir sind Exklusivpartner aller heimischen Sparkassen“

Innovative Produkte, traditionelle Stärke im Bankenvertrieb, gefragte Expertise bei der betrieblichen Altersvorsorge und Marktführerschaft im heimischen Lebensversicherungsmarkt: Die s Versicherung legt auch für 2012 eine Erfolgsbilanz. Vorstandsvorsitzender Heinz Schuster und Finanzvorstand Manfred Rapf erläuterten in einem Gespräch mit der Sparkassenzeitung Geschäftsmodell und Strategie.



Heinz Schuster: „Mit der s Vorpension schließen wir eine eventuelle Einkommenslücke vor dem Pensionsantritt.“



Manfred Rapf: „Die Zukunftsvorsorge ist steuerlich hoch attraktiv.“

Die jüngste Produktinnovation der s Versicherung heißt „s Vorpension“. Für nicht wenige Arbeitnehmer ergibt sich am Ende ihrer Berufslaufbahn bis zum Pensionsantritt eine Einkommenslücke. „Entweder man geht in Altersteilzeit oder es fällt das Überstundenpauschale weg. Für diesen Verlust von Erwerbseinkommen kann man rechtzeitig vorsorgen. Man bekommt dann in den Jahren bis zur Pension einen Einkommensausgleich“, skizziert Heinz Schuster das neue Produkt. Es gibt dafür jetzt ein Ansparprodukt, das ab dem Sommer den Kunden präsentiert werden soll.

Wenn etwa ein heute 40-Jähriger später zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr 1000 Euro monatlich als Überbrückungshilfe bis zur Pension bekommen möchte, dann müsste er ab sofort 180 Euro monatlich ansparen. Tritt die Kürzung des Erwerbseinkommens nicht ein, dann bekommt der Betroffene eine zusätzliche Alterspension aus diesem Titel von etwa 300 Euro monatlich. Zielgruppe sind Kunden, die bereits eine Vorsorge für das Alter getroffen haben, die aber auch dieses Risiko abgesichert haben möchten.

Was die prämiengeforderte Zukunftsvorsorge betrifft, so steht die s Versicherung für das Reformpaket Gewähr bei Fuß.

Die s Versicherung verwaltet derzeit rund 200.000 Verträge zur Zukunftsvorsorge. Im Vorjahr habe es einen sehr schwachen Zuwachs gegeben. „Die Interessierten wussten, dass sich etwas ändern wird, und haben daher abgewartet“, betont Schuster. Auch Prämienfreistellungen habe es gegeben. Bei Klärung der legislativen Rahmenbedingungen werde die s Versicherung jedoch sicher wieder eine Marketing-Offensive starten, denn das Produkt sei strukturell sehr attraktiv, vor allem steuerlich. Wichtig

werde es auch sein, welche Möglichkeiten man bestehenden Kunden für den Übergang in das neue Modell anbieten kann. „Nach legislativer Klarheit werden wir sofort für die Sparkassengruppe ein Übergangsmodell erarbeiten und anbieten“, so Schuster. Rapf und Schuster betonen die Attraktivität, trotz halbiertes staatlicher Förderung: Die Zukunftsvorsorge unterliege nicht der Versicherungssteuer sowie der Kapitalertragssteuer und auch die Rente sei dann später steuerfrei. Außerdem dürfe man – gerade unter den aktuellen Rahmenbedingungen – die Kapitalgarantie bis zum Pensionszeitpunkt nicht unterschätzen.

„Mehr Flexibilität bei Veranlagung wird helfen.“

Marktführer bei Lebensversicherungen

Für das Geschäftsjahr 2012 kann der Vorstand der s Versicherung eine ansehnliche Bilanz ziehen. „2012 war herausfordernd und, gesamtwirtschaftlich betrachtet, nicht einfach, deshalb freuen wir uns über die Erfolge dieses Jahres ganz besonders“, unterstreicht Schuster. „Auch wenn der Gesamtmarkt für Lebensversicherungen im Jahr 2012 um 6,7 Prozent eingebrochen ist, konnte unser Haus mit einem leichtes Minus von 1,4 Prozent gut dagegenhalten und klar in Führung gehen.“

Insgesamt erwirtschaftete die s Versicherung im abgelaufenen Geschäftsjahr in ihren Geschäftsbereichen Lebens- und Unfallversicherung 843,7 Mio. Euro Prä-

mienvolumen – im Vergleich zum Vorjahr ein leichtes Minus von 1,1 Prozent. Der Grund liegt einmal mehr vor allem im Einbruch des Einmalerlagsgeschäfts, weil die Mindestlaufzeit von 10 auf 15 Jahre angehoben wurde. Insgesamt ist die s Versicherung mit 12,52 Prozent Marktanteil klarer Spitzenreiter in der österreichischen Lebensversicherungsbranche. In der Unfallversicherung stiegen die Prämieinnahmen auf 24,44 Millionen Euro, ein Plus von 7,8 Prozent.

Betriebliche Vorsorge: Bestes Ergebnis

Das Jahr 2012 war für die s Versicherung auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge eines der erfolgreichsten überhaupt. Mit mehr als 160 Millionen Euro Prämienvolumen wurde ein Marktanteil von knapp 25 Prozent erwirtschaftet, damit wurde die Führung erneut bestätigt. Dazu Schuster: „In der betrieblichen Vorsorge hat sich besonders unser Modell der Bankpartnerschaft bewährt. Eine österreichweite Initiative mit gezielter Ansprache unserer Zielgruppen hat vor allem im letzten Quartal bemerkenswerte Ergebnisse eingefahren.“

Für die Absicherung der betrieblichen Finanzierung wurde ein Spezialprodukt, die s Betriebsversicherung, neu konzipiert. Dabei werden die Vorteile einer kapitalbildenden Lebensversicherung bei vollem Ablebensschutz mit jenen einer speziell auf Geschäftsführer abgestimmten Unfallversicherung gekoppelt. Das erklärte Ziel für 2013 ist, die Führungsposition in der Lebensversicherung auszubauen. Gelingen werde das durch die starke Bankpartnerschaft mit Erste Bank und Sparkassen und die Innovationskraft des Unternehmens, betonen die Vorstände unisono. –üh–

EINBLICK



Milan Frühbauer

Es fehlt noch eine einzige Antwort

Volkswirtschaftler, Gesellschaftsanalysten und Sozialpolitiker haben ihre helle Freude: Intensiv wie selten zuvor tobt jetzt eine teilweise wissenschaftliche, gelegentlich intellektuelle, vielfach aber auch politisch leicht zu durchschauende Diskussion zur Gretchenfrage dieser Tage. Soll in den überschuldeten Staaten der Europäischen Währungsunion der rigorose Sparskurs fortgesetzt werden oder ist jetzt die Zeit gekommen, das Konsolidieren zugunsten des Wachstums wieder in die vielgeschmähte neoliberale Instrumentenkisten zu legen?

Ein Dogmenstreit, der natürlich rund um den 1. Mai kräftige, polemische Munition bekommen hat.

Fachlicher Schlagabtausch und billige Polemik

Die Fakten sind wahrlich besorgniserregend. In Griechenland, Spanien und zunehmend auch in Frankreich fehlen jene Wachstumsimpulse, die notwendig sind, um die Arbeitslosigkeit in einigermaßen erträglichen Grenzen zu halten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in weiten Bereichen der EU mittlerweile das gesellschaftspolitische Problem Nummer eins. Die Warnungen, hier ticke eine Zeitbombe mit beachtlicher Sprengkraft für Staat und Gesellschaft, sind nicht von der Hand zu weisen. Zum redlichen Rittern mit ökonomischen Argumenten in dieser Frage – wie es von den Exponenten beider Lager fast täglich beispielsweise im „Handelsblatt“ nachgelesen werden kann – gesellen sich jetzt die schamlosen Populisten. Da reicht das Repertoire vom Ausscheren aus der Euro-Zone bis zum Kampf ruft, man dürfe sich von den internationalen Finanzmärkten nicht weiterhin „vorführen“ lassen. Boulevard und Oppositionspolitiker, die aus dem Euro „aussteigen wollen“, die bleiben allesamt die Antwort auf die Frage schuldig, was dann mit den verbliebenen Schulden passiert. Die Kämpfer gegen den Finanzmarkt wiederum haben keine Antwort auf die Frage, wer denn

die ausufernden Neuverschuldungen der Staaten finanzieren soll, wenn das Vertrauen der Investoren global im Eimer ist.

Viel spannender ist jedoch eine andere Frage in Sachen Verschuldung. Denn allfällige zusätzliche Steuereinnahmen, die aus Wachstum resultieren, sind bestenfalls erst später zu erwarten.

Also: Dem durchaus nachvollziehbaren Ruf nach mehr Wachstumsimpulsen sei eine bescheidene Frage entgegengestellt: Bis zu welcher Quote der Staatsverschuldung am BIP?

Man hätte Maastricht nicht vergessen sollen

Der Einwand ist weniger technologisch als er klingt. Der Maastricht-Vertrag hatte der einst festgeschrieben, mittelfristig sollte bei 60 Prozent der Wirtschaftsleistung Schluss sein. Mittlerweile liegen die Griechenland und Italien weit jenseits der 100-Prozent-Marke (wie übrigens das als stabil geltende Belgien auch) und selbst das durchaus auch internationale als stabil beschriebene liegt bei rund 75 Prozent.

Es ist interessant zu beobachten, wie in der aktuellen Diskussion Maastricht so überhaupt keine Rolle mehr spielt. Europa hat sich leichtfertig von diesem Regelwerk der einst verabschiedet, und vielen gilt es jetzt als ehemalige Folterkammer des neoliberalen Teufels.

Gewiss: Sinnvoll gestaltete Wachstumsimpulse beleben auch das künftige Steueraufkommen. Dies gelingt jedoch nur dann, wenn das Wachstum die wettbewerbsorientierten Sektoren einer Wirtschaft erfasst. Erhöhte Konkurrenzfähigkeit ist der beste Wachstumsmotor.

Einzementierte Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst oder in der Verwaltung insgesamt sind es nicht.

Bleibt noch immer die offene Frage an die Befürworter eines Paradigmenwechsels: Bis zu welchem Volumen an Verschuldung insgesamt soll man die Schleusen wieder öffnen?

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Bankomat an der Tankstelle immer beliebter

Seit drei Jahren kooperieren Erste Bank und Sparkassen mit der OMV. Das 24-Stunden-Service an bereits über 180 „Bankstellen“ in ganz Österreich hat sich bestens bewährt. Nicht nur die klassische Bankomatsfunktion, sondern vor allem auch Einzahlungs- und Überweisungsservice erfreuen sich großer Beliebtheit. „Monatlich werden an unseren OMV Service-Terminals rund 70 Mio. Euro bewegt“, betont Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank.

Graf Chotek Hochschulpreis

Der mit 2000 Euro dotierte Hauptpreis des Graf Chotek Hochschulpreises der Tiroler Sparkasse ging heuer an Judith Strobl vom Studiengang Entrepreneurship und Tourismus am Management Center Innsbruck. Sie hat in ihrer Abschlussarbeit die Innovationskraft familiengeführter Hotels in Österreich unter die Lupe genommen.



Graf Chotek Hochschulpreis
der Tiroler Sparkasse

Siegerin Judith Strobl

Lange Nacht der Förderungen

Die Partnerschaft der Steiermärkischen Sparkasse mit dem Musikverein Steiermark geht in das sechste Jahr. Das harmonische Zusammenspiel zwischen den beiden Institutionen begründet sich aber bereits in den gemeinsamen Wurzeln, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen. So ermöglichte die Sparkasse 1899 den Erwerb des Musikvereinshauses und legte damit den Grundstein für die heutige Universität für Musik und darstellende Kunst.

Sparkasse Neuhofen drittbesten Arbeitgeber Österreichs

In Anwesenheit der Minister Rudolf Hundstorfer und Reinhold Mitterlehner wurden vom Great Place to Work® Institute die besten Arbeitgeber Österreichs prämiert. Die Sparkasse Neuhofen Bank wurde dabei mit dem dritten Platz in der Größengruppe bis 250 Mitarbeiter ausgezeichnet. Zusätzlich erhielt die Sparkasse auch den Sonderpreis in der Kategorie „ganzheitliche Gesundheitsförderung“ verliehen. Gepunktet hat die Sparkasse Neuhofen vor allem durch das ausgezeichnete Betriebsklima, den flexiblen Arbeitszeitmodellen und den guten Kontakt zu den Führungskräften.



Das Team der Sparkasse bei der Preisverleihung.

„SPARKASSEN-HAFTUNGS Aktiengesellschaft“
1030 Wien, Grimmelshausengasse 1
FN 55491f - Handelsgericht Wien

Einladung

Der Vorstand der „Sparkassen-Haftungs Aktiengesellschaft“ lädt die Aktionäre der Gesellschaft zu der am

Donnerstag, 27. Juni 2013, 14:00 Uhr

im
**Österreichischen Sparkassenverband,
1030 Wien, Grimmelshausengasse 1/6/601**
stattfindenden

25. ordentlichen Hauptversammlung
ein.

Tagesordnung

- 1) Bericht des Vorstandes, Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichtes des Vorstandes mit dem Bericht des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 2012;
- 2) Beschlussfassung über das im Jahresabschluss 2012 ausgewiesene Jahresergebnis;
- 3) Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2012;
- 4) Beschlussfassung über die Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2013;
- 5) Beschlussfassung über eine Änderung der Satzung, insb. an das Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2011.

Unterlagen zur Hauptversammlung

Folgende Unterlagen liegen ab dem 27. 05. 2013 am Sitz der Gesellschaft,

**Österreichischer Sparkassenverband,
Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien**
E-Mail: gerlinde.haag@sv.sparkasse.at, Telefax: 050100-28536

während der üblichen Geschäftszeiten zur Einsicht durch die Aktionäre auf:

- a) Jahresabschluss mit Lagebericht
- b) Vorschlag für die Ergebnisverwendung
- c) Bericht des Aufsichtsrates
- d) Bericht des Vorstandes
jeweils für das Geschäftsjahr 2012
- e) Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 5 sowie Beilage zu TOP 5: Angepasste Satzung im Änderungsmodus.

Die vorgenannten Unterlagen werden (vollinhaltlich gleichlautend) auch mit der Einladung übermittelt.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die im Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen sind und deren Anmeldung der Gesellschaft bis spätestens 10. 06. 2013 zugegangen ist.

Vertretung durch Bevollmächtigte

Jeder Aktionär, der zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt ist, hat das Recht, einen Vertreter zu bestellen, der im Namen des Aktionärs an der Hauptversammlung teilnimmt und dieselben Rechte wie der Aktionär hat, den er vertritt.

Die Vollmacht muss einer bestimmten Person schriftlich erteilt werden, der Gesellschaft bis spätestens 10. 06. 2013 zugegangen sein und wird von der Gesellschaft aufbewahrt werden.

Der Vorstand

Vollversammlung des Österreichischen Sparkassenverbandes

Im Auftrag des Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes, Dr. Christian AICHINGER, werden die Mitglieder des Sparkassenverbandes zur ordentlichen Sitzung der Vollversammlung 2013 eingeladen, die am Donnerstag, dem 27. Juni 2013, ab 14:15 Uhr im Sparkassenhaus in Wien, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, mit folgender Tagesordnung stattfinden wird:

1. Protokoll der Vollversammlung vom 22. Juni 2012
2. Jahresbericht 2012 mit Bericht des Generalsekretärs
3. Rechnungsabschluss 2012
4. Voranschlag und Mitgliedsbeitrag 2013 des Sparkassenverbandes, Marketingbudget 2013, nationales Kommunikationsbudget 2013 und Sonderbudget
5. Bestellung neuer Mitglieder des Vorstandes des Österreichischen Sparkassenverbandes
6. Wahl der Rechnungsprüfer, der stellvertretenden Rechnungsprüfer und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2013
7. Allfälliges

Gemäß § 8 der Satzung ist die ordnungsgemäß einberufene Vollversammlung beschlussfähig, wenn mindestens von der Hälfte der Mitglieder stimmberechtigte Vertreter anwesend sind und diese insgesamt mindestens über die Hälfte der ermittelten Stimmen verfügen. Ist dies nicht der Fall, so beginnt die Vollversammlung erst eine halbe Stunde nach dem oben festgesetzten Zeitpunkt. Sie ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der Mitglieder und Stimmen jedenfalls beschlussfähig.

Österreicher & Wertpapiere: Risikoscheu, wenig informiert

Die Senkung des Leitzinssatzes Anfang Mai hat es noch deutlicher gemacht: Wer sein Geld auf dem Sparbuch belässt, wird aufgrund der Inflation, die weit höher ist als die Sparzinsen, sukzessive enteignet. Das Wissen um die Alternative Wertpapier ist bei den Österreichern aber gerade einmal mittelmäßig, wie eine Studie von Erste Bank und Sparkassen zeigt.

Was ist ein Wertpapier? Immerhin 48 Prozent der Österreicher müssen bei Wertpapieren an Aktien denken, 20 Prozent kamen Anleihen in den Sinn, nur magere 18 Prozent assoziieren Fonds. Das war es dann aber schon. Werden verschiedene Wertpapierarten beim Namen genannt, dann haben so gut wie alle schon einmal von Aktien (97 Prozent), die meisten auch von Anleihen (82 Prozent) gehört – erklären, was man genau darunter versteht, können aber die wenigsten. Unterschiede im Bekanntheitsgrad von Wertpapieren gibt es auch nach Bundesländern. So nannten 56 Prozent der Wiener, aber nur 41 Prozent der Kärntner spontan Aktien. Anleihen sind in Wien spontan deutlich bekannter (32 Prozent) als in allen anderen Bundesländern, Ähnliches gilt für Fonds (24 Prozent).

„Die Anleihe ist überhaupt ein unbekanntes Wesen.“

Was steckt hinter dem Begriff? Aktien sind Anteile an einem Unternehmen – das wussten immerhin 44 Prozent. Ganz anders bei Anleihen: Diese werden, wenn überhaupt, nur mit Staatsanleihen in Verbindung gebracht (13 Prozent), fast 6 von 10 Befragten haben aber keine Ahnung davon was eine Anleihe ist. Das Wort Investmentfonds haben 30 Prozent noch nie in ihrem Leben ge-

hört. Auch beim Fondssparen haben 45 Prozent keine Ahnung, was das sein könnte. Immerhin ist beim Thema Wertpapiere der Bankberater mit 78 Prozent die Top-Informationsquelle. Nur ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung ist Wertpapieren gegenüber grundsätzlich „sehr positiv“ (4 Prozent) oder „eher positiv“ (16 Prozent) eingestellt. Die Mehrheit ist neutral (45 Prozent). Etwa ein Drittel steht Geldanlagen in Form von Wertpapieren „eher negativ“ (23 Prozent) oder „sehr negativ“ (12 Prozent) gegenüber. In Wien ist eine positive Einstellung am häufigsten anzutreffen, in Kärnten dagegen eine negative. Grundsätzlich sind die Österreicher immer noch ein Land der Sparbuchspärer.



Hans Unterdorfer, Tiroler Sparkasse: „Grundwissen über Aktien und Anleihen hilft bei Anlageentscheidungen bereits enorm.“

Die Leitzinsen der Notenbanken werden in den kommenden Jahren wohl niedrig bleiben – da sind sich die meisten Experten durchwegs einig. Aktuell parken die Österreicher fast 60 Milliarden Euro als täglich fällige Einlagen. „Unsere Aufgabe ist es, Finanzwissen auf verständliche Weise zu vermitteln. Dazu gehört heute mehr denn je auch ein Basiswissen zum Thema Wertpapiere“ so Hans Unterdorfer, Vorsitzender der Tiroler Sparkasse. „Es geht gar nicht darum, Spezialist für Derivate oder irgendwelche komplexen Finanzprodukte zu werden. Grundwissen über Aktien und Anleihen hilft bei Anlageentscheidungen bereits enorm“, betont Unterdorfer. –spa–

Wissen über Wertpapiere

„Wenn Sie folgende Wertpapiere einem Freund erklären müssten...“

- Vollständig und richtig erklärt
- Kenne Begriff nicht
- Kann ich nicht erklären

Antworten in Prozent der Befragten



Teilzeitfalle wird zur Vorsorgelücke

Sparen Frauen anders als Männer? Eine Umfrage des Marktforschungsinstituts Integral im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen befragte zu diesem Zweck 501 Personen in ganz Österreich. Das Ergebnis: Frauen legen um 14 Prozent weniger Geld auf die Seite als Männer.

Durchschnittlich legt die Österreicherin 173 Euro und der Österreicher 197 Euro pro Monat beiseite. Somit sparen Frauen rund 14 Prozent oder 24 Euro weniger als Männer. Diese Differenz ergibt sich aber auch aufgrund der Einkommensunterschiede, denn beinahe die Hälfte der berufstätigen Frauen arbeitet Teilzeit. Mehr als 80 Prozent

der Teilzeitmitarbeiter sind weiblich, verdienen somit weniger und müssen davon die monatlichen Fixkosten begleichen. Ebenfalls interessant: Frauen legen mehr für die Familie zur Seite als Männer. Sie holen sich eher Rat in Finanzangelegenheiten. Männer fragen da schon weit weniger um Hilfe – und wenn, dann wird man bei (männlichen) Familienmitglie-

dern, Freunden und beim Bankberater vorstellig, jedenfalls nicht bei der eigenen Frau. „Die drei Bausteine für ein sorgenfreies Leben sind Gesundheit, Liebe und Finanzen“, so Birte Quitt, Leiterin des Filialvertriebs der Erste Bank. Frauen sollten sich um ihre eigene Vorsorge kümmern und über Finanzthemen Bescheid wissen. –spa–



AUSBLICK

Christine Domforth

Ein Volk der Umlagegenießer

Österreicher werden stärker auf private Vorsorge setzen müssen.

Frühpension bleibt Volkssport und Vater Staat wird es schon richten: Die Österreicher gehen trotz zahlreicher Pensionsreform-Schritten nach wie vor im Durchschnitt mit knapp 59 Jahren und damit so früh in den Ruhestand wie kaum ein anderes Volk nördlich der Alpen. Und sie verlassen sich dabei so sehr wie niemand sonst auf den Staat, von dem hierzulande 82 Prozent der Einkommen von Pensionisten-Haushalten kommen. Betriebliche und private Vorsorge, die in anderen Ländern bereits einen großen Teil der Einkommen von älteren Menschen liefern, spielen bei uns mit nur 18 Prozent insgesamt eine bescheidene Rolle. Eine einschlägige Allianz-Analyse zeigt: Wir genießen das Umlageverfahren!

Bund und Beitrag sind ausgereizt

Doch das wird sich wegen der demographischen Veränderungen und der Ebbe im Staatssäckel ändern müssen. Steigt die Lebenserwartung weiter wie bisher, würde entweder der Bundeszuschuss zu den Pensionen – er liegt heute bei rund 25 Prozent des Pensionsvolumens insgesamt – in 50 Jahren auf 45 Prozent und in 100 Jahren auf 56 Prozent nach oben schnellen oder der Beitragssatz in der Pensionsversicherung von heute 22,8 Prozent auf 31 Prozent im Jahr 2060 und auf 39 Prozent im Jahr 2110 steigen müssen. Beides ist schlicht und einfach unfinanzierbar. Daher führt an weiteren Pensionsreformen kein Weg vorbei. Auch wenn bestimmte Politiker dies noch beharrlich leugnen, werden die Österreicher in Zukunft länger arbeiten müssen. Künftige Pensionisten müssen sich auf schmalere Pensionen gefasst machen. In den vergangenen 15 Jahren wurden die Ruhestandsleistungen in 16 OECD-Ländern im Schnitt um knapp ein Viertel gekürzt. In Österreich wird das neue Pensi-

onskonto vielen die Augen öffnen. Genügte es früher, ein paar Jahre vor dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gut zu verdienen, um eine recht üppige Pension zu kassieren, gilt nun die lebenslange Durchrechnung. Mickrige Anfangsgehälter beim Berufseinstieg schlagen ebenso negativ zu Buche wie jahrelange Teilzeitarbeit. Wer künftig früher in Pension gehen will, muss deutlich höhere Abschläge in Kauf nehmen.

Vorsorge auch bei Niedrigzinsen

Um ihren Lebensstandard halbwegs aufrecht zu halten, werden die Österreicher viel stärker auf Eigenverantwortung und damit auch auf private Vorsorge setzen müssen. Wer diese Überlegungen nur für einen PR-Gag von geschäftstüchtigen Banken und Versicherungen hält, irrt ebenso wie jene, die wegen der Finanzkrise das Kapitaldeckungsverfahren für gescheitert und wegen der niedrigen Zinsen Sparen für sinnlos halten. Natürlich gab es bei kapitalmarktbasierenden Pensionsystemen ab 2008 schmerzliche Einbußen, die Performance der heimischen Pensionskassen war in den vergangenen Jahren alles andere als berauschend und die Garantieverzinsung in der Lebensversicherung ist auf einen Tiefstand abgerutscht. Doch das alles ändert nichts an der Tatsache, dass sich jeder Einzelne rechtzeitig Gedanken über seine persönliche Altersvorsorge machen sollte, will er nicht in die Altersarmut abrutschen. Je früher man mit der Vorsorge beginnt umso besser. Mit üppiger Förderung vom Staat darf man angesichts der Budgetnöte natürlich nicht rechnen. Dennoch war die Halbierung der staatlichen Prämie für die Zukunftsförderung das falsche Signal und die private Vorsorge, die ja wahrlich nichts mit Zocken zu tun hat, sollte von Kursgewinn- und Finanztransaktionssteuer verschont bleiben.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Böhm-Bawerk hatte doch Recht

Eugen Böhm Ritter von Bawerk, einer der Begründer der Wiener Schule der Nationalökonomie, hatte doch Recht: In ökonomisch schwierigen Zeiten neigt der Mensch in seiner Vermögensdisposition zur Liquiditätsvorliebe. Die jüngsten Daten der Notenbank bestätigen dies.

Rund 93 von insgesamt 484 Mrd. Euro Finanzvermögen der österreichischen Haushalte bestanden zum Jahresende 2012 aus Bargeld und täglich fälligen Einlagen sowohl bei in- als auch bei ausländischen Banken. Der sich seit Ausbruch der Finanzkrise verstärkende Trend, dass die privaten Haushalte rasch über ihr Vermögen verfügen wollen, setzte sich also im Vorjahr fort.

„ Derzeit wird überwiegend kurzfristig veranlagt. “



Rein rechnerisch würde das kurzfristig verfügbare Vermögen die gesamten österreichischen Konsumausgaben des Jahres 2013 abdecken.

Laut den Daten der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank betrug das Finanzvermögen der privaten Haushalte Ende 2012 484 Mrd. Euro, das bedeutet einen Anstieg um 3,7 Prozent gegenüber dem Jahresanfang. Haushalte investierten 9,3 Mrd. Euro in Finanzanlagen. Neuveranlagungen erklären zwei Prozentpunkte des Jahreswachstums, der Rest ist vor allem auf die positive Entwicklung der Kurse auf den Kapital-

märkten zurückzuführen, von der die Wertpapierbesitzer (15 Prozent der Haushalte) im Jahr 2012 profitierten. Der Marktwert der handelbaren Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate) erreichte damit wieder jenen Stand, den die Privatinvestoren schon Mitte 2007 und Ende 2010 auf ihren Kontoauszügen vorgefunden hatten. Von der gesamten Geldvermögensbildung in Höhe von 9,3 Mrd. Euro

entfielen auf die Erhöhung des Bargelds und der täglich fälligen Einlagen nicht weniger als 8,1 Mrd. Euro (wovon 2,4 Mrd. durch den Anstieg der Gehalts- und Pensionskonten erklärt werden können). Der Wert aus diesen sofort verfügbaren Finanzanlagen betrug zum Jahresende 2012 rund 93 Mrd. Euro, 18,3 Milliarden Euro davon entfielen auf Bargeldreserven, der Rest auf täglich fällige Einlagen bei Banken. Die Haushalte konnten somit über rund 20 Prozent des gesamten Fi-

nanzvermögens sofort verfügen. Dieser hohe Anteil an liquiden Finanzmitteln bedeutet die Fortsetzung eines Trends der letzten Jahre. Vor der Finanzkrise waren nur 15 Prozent rasch verfügbar gewesen. Zählt man zu den sofort fälligen Finanzmitteln auch noch Einlagen mit einer Bindungsfrist und Wertpapiere mit Restlaufzeit jeweils bis zu einem Jahr sowie Geldmarktfondsanteile, dann beliefen sich zum Jahresende 2012 die kurzfristig verfügbaren Finanzanlagen auf

insgesamt 170 Mrd. Euro. Der Wert entspricht knapp mehr als einem Drittel des gesamten Finanzvermögens und würde rein rechnerisch damit die Konsumausgaben für das Jahr 2013 fast abdecken. Die Gründe für die hohe Liquiditätspräferenz dürften mannigfaltig gewesen sein. Die Finanzkrise hat die Nachfrage nach liquiden Mitteln in den letzten Jahren verstärkt anwachsen lassen. Nicht zuletzt dürfte auch die Arbeitsmarktsituation eher zu Veranlagungen in kurzfristig verfügbare Vermögenswerte geführt haben. Bei all diesen Überlegungen war offensichtlich die Inflationsentwicklung nicht maßgeblich, und Haushalte akzeptieren eine negative Realverzinsung für einen Teil ihres Finanzvermögens. Dass die Zunahme der liquiden Mittel keine Einbahnstraße für alle Haushalte war, zeigen die Nettokäufe von langfristig orientierten Finanzprodukten: Nicht zuletzt auf Grund von Ertragsüberlegungen veranlagten Privatinvestoren rund 1,1 Mrd. Euro in langfristige Anleihen inländischer Unternehmen und ausländischer Emittenten sowie – nach Nettoverkäufen im Jahr 2011 – wieder in Investmentzertifikate in der Größenordnung von knapp 1 Mrd. Euro. –red–

„Mehr Beteiligungskapital für Jungunternehmer“

Österreichs Unternehmen sollen einen einfacheren Zugang zu ergänzenden Finanzierungsformen bekommen. So wollen es die Wirtschaftskammer und die „Junge Wirtschaft“. Sie legten deshalb ein Maßnahmenpaket für eine Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft neu sowie für neue Rahmenbedingungen des Crowdfundings und Erleichterungen für so genannte Business Angels vor.

„Gerade bei jungen und innovativen Unternehmen agieren die Banken als Folge der höheren Unterlegungspflichten mittels Eigenkapital zurückhaltend, wenn vom Unternehmen nicht ausreichend Sicherheiten bereitgestellt werden. Wir wollen aber, dass Ideen und Innovationschancen weiter verwirklicht werden können“, betont Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl. Er verweist darauf, dass die Nutzung alternativer Finanzierungsformen in Österreich sowohl im Vergleich zu den USA als auch im Vergleich zum EU-Durchschnitt deutlich unterentwickelt ist. In den Vereinigten Staaten wurde 2012 mehr als fünf Mal so viel Beteiligungskapital für junge, innovative, rasch wachsende Unternehmen bereitgestellt als in der EU. In Österreich ist der Anteil der Risikofinanzierung noch deutlich geringer als im EU-Schnitt. „Zwei Drittel der Jungunternehmen beurteilen ihre Möglichkeiten, zu Fremdkapital zu kommen, als schlecht. Zugleich halten 89



WKÖ-Präsident Christoph Leitl: „Wir wollen, dass Ideen und Innovationschancen weiter verwirklicht werden können.“

Prozent dieser Unternehmen eine Bankenfinanzierung für wichtig, weil sie sonst gar keinen Zugang zu Kapital haben“, unterstreicht Markus Roth, Vorsitzender der Jungen Wirtschaft in der WKÖ. Eine Arbeitsgruppe von WKÖ und Junger

Wirtschaft mit externen Experten, betroffenen Unternehmen und Experten der WKÖ hat nun konkrete Vorschläge erarbeitet, um ergänzende Finanzierungen zum klassischen Bankkredit attraktiver zu machen. Um etwa das Crowdfunding auf rechtlich sichere Beine zu stellen, schlägt die WKÖ eine Änderung des Begriffs des „Einlagen-

„ Alternative Finanzierungsformen weiter entwickeln. “

geschäfts“ im Bankwesengesetz vor, wonach die Finanzierung realwirtschaftlicher Projekte wie etwa der Kauf einer Maschine dem Unternehmen vorbehalten und nicht als Bankgeschäft angesehen wird. Im Kapitalmarktgesetz soll es statt der bisherigen Untergrenze für die Pro-

spektpflicht von 100.000 Euro ein „Phasing in“ geben, bei dem der von der EU vorgegebene Spielraum genutzt wird: Demnach soll es eine Informationspflicht „Mini“ für Projekte ab 500.000 Euro (anstatt der bisherigen 100.000-Euro-Grenze),



Markus Roth, Junge Wirtschaft: „Jungunternehmen beurteilen ihre Möglichkeiten, zu Fremdkapital zu kommen, als schlecht.“

eine erweiterte Informationspflicht („Midi“) für Projekte ab 2,5 Mio. Euro und die Prospektpflicht („Maxi“) erst ab der von der EU schon derzeit zugelassenen Untergrenze von 5 Mio. Euro geben. Für die Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft schlägt die WKÖ ein flexibleres und modernes Nachfolgemodell vor. Demnach könnte die MFG neu pro Unternehmen maximal 10 Mio. Euro investieren, wobei die Beteiligung höchstens 49 Prozent ausmachen kann. „Der Fokus sind hier vor allem mittlere Unternehmen, während es bei Crowdfunding vor allem um kleinere Unternehmen und Unternehmensgründungen geht“, so Leitl. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden nun mit den Fraktionen in der WKÖ finalisiert und sollen bald dem Parlament in Form eines gemeinsamen Berichts übergeben werden. Ziel: Ein Initiativantrag aller Parteien des Nationalrates und eine einstimmige Beschlussfassung noch vor der Nationalratswahl im Herbst. –üh–

Das Bankkonto wird zum „Menschenrecht“

Vor Kurzem wurde in Brüssel ein Richtlinienvorschlag der Kommission zu neuen Regularien über das Recht auf ein Konto, über Konto-Entgelte und die Mobilität der Bankkunden präsentiert.

Roland L. Tassler, Sparkassenverband, EU-Büro Brüssel

Die Europäische Kommission nimmt sich ein Beispiel an der Gründungsidee der Sparkassen und will allen europäischen Bürgern den Zugang zu Bankdienstleistungen ermöglichen. Schließlich kann, wer ohne Konto ist, nicht alle Vorteile des Binnenmarktes nützen. Da sich der Trend immer mehr in Richtung bargeldlose Transaktionen europaweit verstärkt, ist der Besitz eines Bankkontos, verknüpft mit umfassender Information über die Konditionen, ein immer wichtigerer Bestandteil des täglichen Lebens. Maßnahmen, die Menschen, die von Bankdienstleistungen ausgeschlossen sind, wieder eine Kontoverbindung zu ermöglichen, sind daher nach Kräften zu unterstützen.

Die Gründe, warum Menschen kein Konto besitzen bzw. besitzen können, unterscheiden sich allerdings von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat stark. Aus diesem Grund soll nationalen Initiativen der Vorzug gegeben werden. In der Hoffnung, dass sich die grenzüberschreitende Mobilität der EU-Bürger verbessern lässt, hat die Kommission am 8. Mai aber einen Richtlinienvorschlag „über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen“ vorgelegt.

Mehr Transparenz der Kontogebühren

Die Mitgliedsstaaten sind nun aufgefordert, Gebühreninformationsblätter zu erarbeiten, die eine Vergleichbarkeit der Kontogebühren erleichtern. Für diese Informatio-



In Zukunft soll jeder Bürger, der sich rechtmäßig in der EU aufhält, einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto haben.

nen soll eine standardisierte Terminologie entwickelt werden, die sich auf die 20 von Kunden am häufigsten nachgefragten Leistungen fokussieren soll. Ein individuelles Leistungsblatt soll dem Kunden mindestens einmal jährlich zugestellt werden. Es soll unter anderem die Einzelpreise pro in Anspruch genommener Dienstleistung enthalten, die Gesamtsumme

je Dienstleistung sowie den Totalbetrag aller angefallenen Entgelte aufweisen. Mit diesen Maßnahmen soll dem Verbraucher der Vergleich von Entgelten auch grenzüberschreitend erleichtert werden.

Kontowechsel-Service

Ein Kontowechsel-Service besteht innerhalb des Europäischen Binnenmarktes bereits seit 2009. Damals hat

„ Das Basiskonto entspricht einem Girokonto. “

man sich im Rahmen einer Selbstregulierung zu dieser Serviceleistung verpflichtet. Laut einer Kommissionsuntersuchung funktioniert dieses Service gerade in Österreich am besten. Da dieses Serviceangebot aber nicht in allen EU-Ländern in vergleichbarer Qualität angeboten wird, sah sich die Kommission veranlasst, einzuschreiten. Was die Kommission vorschlägt, entspricht im Kern der bereits der Selbstregulierung. Um eine EU-Initiative zu rechtfertigen muss ein Kontowechsel in Zukunft auch grenzüberschreitend möglich sein. Innerhalb eines Landes muss der Wechsel von der neuen Bank binnen 15 Tagen, grenzüberschreitend in Maximalfrist von 30 Tagen, abgeschlossen werden, und das kostenlos.

Recht auf ein Basiskonto

Kern dieser Richtlinie ist das Recht auf ein Basiskonto. In Zukunft soll jeder Bürger, der sich rechtmäßig in der EU aufhält, einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto haben. Unabhängig vom Wohnsitz und der finanziellen Situation haben die Verbraucher in jedem Land der EU einen Anspruch, in dem sie nicht bereits über ein Zahlungsverkehrskonto verfügen. Jemand, der etwa nur in Österreich ein Konto hat, hat nun einen Anspruch darauf, in jedem der restlichen 26 Mitglied-

staaten ein Bankkonto mit grundlegenden Funktionen zu eröffnen. „Grundlegend“ ist allerdings ziemlich untertrieben. Laut Kommissionsvorschlag entspricht dieses Basiskonto einem herkömmlichen Girokonto. Lediglich Überziehungskredite sind kein Bestandteil des vorgeschriebenen Leistungsumfanges. Wer dieses Konto anbieten muss, bleibt den Mitgliedstaaten überlassen. Der Vorschlag sieht vor, dass zumindest ein Zahlungsdienstleister ein derartiges Basiskonto bei Bedarf bereitstellen muss. Den Mitgliedsländern wird auch überlassen, ob dieses Konto gratis oder zu angemessenen Entgelten angeboten werden soll. Was „angemessen“ ist, soll anhand einiger Kriterien festgelegt werden, dazu zählen z. B. das nationale Einkommensniveau, die Durchschnittskosten für Zahlungskonten oder die tatsächlichen Durchschnittskosten für die Bereitstellung eines Basiskontos.

Der Kommissionsvorschlag wird nun im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens (Mitentscheidung) von Rat und Parlament behandelt. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen vor den EU-Wahlen im Mai 2014 abgeschlossen. Aufgrund einer einjährigen Umsetzungsfrist wären die Bestimmungen der Richtlinie demzufolge ab Mitte 2015 in den EU-Mitgliedstaaten anzuwenden.

Es ist damit zu rechnen, dass nationale Gegebenheiten noch stärker berücksichtigt werden und es nicht zu nachteiligen Effekten auf bereits bestehende, gut funktionierende Initiativen, wie z. B. der Zweite Sparkasse, kommt. In diesem Sinn ist der Vorschlag der Kommission zu begrüßen.

Keine Konkurrenz für die Zweite Sparkasse

Vor mehr als sechs Jahren hat die ERSTE Stiftung die Gründung einer Bank für Menschen, die keine Bankverbindung haben, initiiert und finanziert. Rund 40.000 Menschen in Österreich verfügten damals aus verschiedenen Gründen, meist Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Krankheit, und der damit verbundenen sozialen oder wirtschaftlichen Notlage nicht einmal mehr über eine Bankverbindung.

Die Zweite Wiener Vereins-Sparkasse, kurz: Zweite Sparkasse, bietet diesen Menschen ein Haben-Konto ohne Überziehungsmöglichkeit an. Das Konto wird befristet und nur in enger Kooperation mit Wohlfahrts- und Beratungsorganisationen wie Caritas und Schuldnerberatungen angeboten. Es ist bisher etwa 8.000 Mal vergeben worden.

Nun gibt es eine EU-Richtlinie, die es den Interessenten ermöglichen soll einen Anspruch auf ein Bankkonto (Basiskonto) geltend machen zu können. Hat sich die Zweite Sparkasse mit Umsetzung dieser

„ Das Konto allein wird Probleme nicht lösen. “

Maßnahmen erledigt? Keineswegs, so die Sprecherin der ERSTE Stiftung, Maribel Königer: „Ein Konto für alle klingt gut, löst aber die Probleme der Menschen nicht, durch die sie in ihre prekäre finanzielle Lage gekommen sind. Was die Zweite Sparkasse ja in erster Linie anbietet,

sind Zeit und Beratung, um wieder stabile Verhältnisse zu bekommen.“ Das, was die Europäische Kommission fordert, ist auch das eigentliche Ziel der Zweite Sparkasse: dass jeder Kunde eine ganz normale Bankbeziehung haben kann.

Ist die Initiative der EU also etwa in Österreich überflüssig? Königer: „Im Gegenteil. Wir freuen uns, dass die Zweite Sparkasse – und dessen sind wir uns sicher – sogar auf europäischer Ebene ein Nachdenken zum Thema Konto und Kontlosigkeit ausgelöst hat. Es mag verschiedene Antworten auf das Pro-

blem hoher privater Verschuldung geben. Wir glauben, dass Menschen in schwierigen wirtschaftlichen Situationen mehr brauchen als nur ein Konto, nämlich Betreuung und Hilfe zur Selbsthilfe. Die Zweite Sparkasse leistet das durch ehrenamtliche Mitarbeiter und die Zusammenarbeit mit Beratungsorganisationen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen.“

Königer stellt außerdem fest, dass in der Diskussion um das „Konto für alle“ die Begriffe oft nicht klar definiert sind. Es werden zwei Gruppen von Menschen ohne Bankverbin-

dung vermischt. Auf der einen Seite jene, die von einem Kreditinstitut aufgrund Überschuldung nicht oder nicht mehr als Kunde akzeptiert werden. Auf der anderen Seite Menschen, die noch nie in ihrem Leben über eine Bankverbindung verfügt haben, weil sie etwa in zumeist ländlichen Regionen leben, in denen eine Bankverbindung im täglichen Leben bisher keine Rolle gespielt hat. Das betrifft beispielsweise noch immer ein Drittel der rumänischen Bevölkerung. Hier zählen ganz andere Faktoren etwa Erreichbarkeit von Filialen und attraktive Produkte. –spa–

„Die Leut' mögen eben Kopf-an-Kopf-Rennen“

Die vier Landtagswahlen des heurigen Jahres sind geschlagen, Österreich hat einige überraschende Wahlsontage sowie unerwartete Ergebnisse bei einer Volksbefragung erlebt.

Wie ein roter Faden zieht sich bei allen Urnengängen durch: Die Ergebnisse weichen sehr stark von den im Vorfeld kolportierten Meinungsbefragungen ab. Achterbahn sprach über dieses zentrale Problem der modernen Mediengesellschaft mit dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft „ARGE Gscheiterln“, Prof. Leuchtfried Filzwisser.



„Gut und gerne 25 Prozent der Wählerschaft haben die Stirn, sich nicht an unsere ausgeklügelten Algorithmen zu halten.“

Achterbahn: Die Ergebnisse der Landtagswahlen lagen doch teilweise deutlich weit weg von dem, was uns im Vorfeld die Meinungsforschung über die Zeitungen ausrichten ließ. Sehen Sie darin eine Krise der politischen Demoskopie?

Filzwisser: Keineswegs. Wir liegen im Zweifelsfall immer auf den Zehntelprozentpunkt richtig, aber die Wähler zeigen sich zunehmend renitent.

Vielfach war im Vorfeld eines Wahlganges von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen zwei Parteien die Rede und im Ergebnis ergab sich dann ein durchaus respektable Abstand der Stimmenprozente.

Schauen Sie, das ist doch nicht tragisch. Die Medien wollen immer eine Zuspitzung, das verkauft sich gut in der Vorwahlzeit. Die Parteisekretariate lechzen nach einer solchen Prognose, denn das mobilisiert angeblich die eigenen Anhänger. Und wir als Meinungsforscher kommen mit einer Kopf-an-Kopf-Prognose allemal leichter in eine TV-Nachrichtensendung. Damit ist allen gedient.

Die Leut' haben eine Freud', und allen nützt es. Also was soll dieses ewige Gemaule.

Sehen Sie negative Folgen dieser teilweise doch signifikanten Abweichungen?

Na ja, eines ärgert uns schon zunehmend. Dieser beliebte Satz von Politikern in Interviews, wonach sie ja die Wahlen und nicht die Meinungsumfragen gewinnen wollen, galt bisher als Kalauer zum Ausweichen, wenn die Prognosen schlecht waren. Jetzt droht die Gefahr, dass dieser Satz an Glaubwürdigkeit gewinnt. Also das magerlt uns schon sehr.

Sie haben erwähnt, der Wähler verhalte sich zunehmend renitent. Was meinen Sie damit?

Immer weniger Menschen sagen uns auf die berühmte Sonntagsfrage keine eindeutige Antwort. Also haben alle Institute sehr subtile wissenschaftliche Methoden entwickelt, wie man die Nichtdeklarierten bzw. die Unentschlossenen, aber Wahlbereiten auf die einzelnen Parteien zuordnen kann.

Aber gut und gerne 25 Prozent der Wählerschaft haben die Stirn, sich nicht an unsere ausgeklügelten Algorithmen zu halten. Das ist wirklich ärgerlich. Deshalb überlegt unsere Arbeitsgemeinschaft das Einleiten einer Gesetzesinitiative. Im Sinne der jetzt überall geforderten Transparenz sollen die Österreicher in die Pflicht genommen werden. Entweder sie rücken bei der Befragung sofort mit einer Parteipräferenz heraus oder sie verpflichten sich schriftlich, sich an unsere Zuordnungsverfahren zu halten. Was da jetzt in der politischen Meinungsforschung einreißt, das grenzt ja an Anarchie.

Ein wesentlicher Bestandteil der Wahlberichterstattung ist die so genannte Wählerstromanalyse. Diese ist aber wissenschaftlich nicht unumstritten. Woher wissen Sie das alles?

Wir fragen die Menschen beim Hinausgehen aus dem Wahllokal, was sie heute und was sie früher gewählt haben. Darüber hinaus schauen wir uns signifikante Sprengelwahlergebnisse besonders genau an.

Und das bringt solide Ergebnisse?

Also, wenn Sie mich nicht zitieren: Eigentlich nicht. Aber der ORF besteht darauf, weil die haben es so gern, wenn da die Balken in der Grafik auf und ab gehen. In der Sendung „Im Zentrum“ zeigen sie das noch einmal, und die Eingeladenen sind rechtschaffen beeindruckt. Auch die Privatsender sind mittlerweile scharf darauf. Wenn beispielsweise 10 Prozent der ehemaligen FP-Wähler zum Stronach wechseln, dann denken sich viele Zuseher: Das könnte auch mein nationaler Onkel gewesen sein. Es ist vielfach Schimäre, aber vor allem den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterhält's.

Ein Nestroy-Zitat ...

Seltsam, den kenne ich aus der wissenschaftlichen Literatur gar nicht. Aber das kann man ja googeln ... -üh-



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Kein Begehren ohne Organisation

Im April dieses Jahres haben die beiden zur Unterzeichnung aufliegenden Volksbegehren ein unerwartet schwaches Ergebnis „erzielt“. Sowohl die Initiative für mehr direkte Demokratie, aber mehr noch das Volksbegehren gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen Privilegien der in Österreich anerkannten Kirchen sind weit unter der 100.000-Unterschriften-Latte geblieben. Die Initiatoren reagierten wie „Profis“ in einem solchen Fall: Die Medien hätten das jeweils so wichtige Anliegen weitgehend totgeschwiegen bzw. in seiner Bedeutung ignoriert ...

In Wahrheit zeigt das Ergebnis zwei grundsätzliche Phänomene der politischen Willensbildung in Österreich auf. Erstens muss ein Thema auf emotionale Befindlichkeiten in weiten Teilen der Bevölkerung stoßen. Das hat etwa die Volksbefragung zur Beibehaltung der Wehrpflicht versus Berufsheer mit einer Beteiligung von mehr als 50 Prozent der Stimmberechtigten deutlich bewiesen. Doch ein anderer Umstand ist noch entscheidender: Wenn es den Initiatoren eines Begehrens nicht gelingt, eine der großen politischen Parteien oder eine andere, große gesellschaftliche Interessenvertretung auf ihre Seite zu bringen, dann bleiben die Beteiligungszahlen im Keller.

Man mag das demokratiepolitisch durchaus kritisch sehen, aber es ist ein Faktum: Initiativen ohne den organisatorischen Rückenwind und die Mobilisierungsstärke einer der beiden Koalitionsparteien oder die emotionale Aufheizung eines Themas seitens einer das Kommunikationshandwerk beherrschenden Opposition bleiben vorerst krasse Minderheitenprogramme. Das könnte die Spätfolge einer historisch hierzulande überdurchschnittlich ausgeprägten „Parteienaffinität“ des Bürgers sein, die Ergebnisse sind eben so. Schon das Bildungsvolksbegehren, dem die Medien durchaus wochenlang große Aufmerksamkeit schenkten, lag im Ergebnis deutlich unter den Erwartungen.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Ohne Parteiensupport geht es (noch) nicht! -üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Ebenso spannend: das Zunge-Entenleber-„Ildefonso“, der hauchdünne Schweinebauch, der Tannenzucker am Apfelkrapfen. Oft ist es Harmonie, wie bei der Kombination aus Austern-Gurke und Forellen-Alge.“
DIE PRESSE in einem kulinarischen Testbericht über ein neues Lokal

„Also, will wer eine Bank? Ich habe welche zu verkaufen.“
Maria Fekter bei einem Vortrag in Wien

„Italien ist seit Cäsar mit seinem Untergang beschäftigt, aber es lebt sehr gut damit.“
Erhard Busek in NEWS

„Kaum eine Revolution hat die Welt stärker verändert als die Pauschalreise.“
Aus der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG

„Der Versicherer muss auch dafür vorsorgen, dass der Versicherte vorzeitig stirbt und die Polisse ausgezahlt werden muss.“
Aus einem Bericht der „STUTTGARTER NACHRICHTEN“ zu den Problemen der Lebensversicherer